

Der neue Aussenminister versprach einen Neuanfang bei den B mit der EU. Jetzt kommt das umstrittene Rahmenabkommen

Leuthard und Juncker sto Cassis ins Abseits

Andrea Willmann

Bis im Frühling will der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU aushandeln. Das heisst: Der neue Aussenminister Ignazio Cassis (56) ist von seinen Kollegen offensichtlich nicht erhört worden. Hatte er im September

im Wahlkampf angekündigt, den «Reset-Knopf», also die Rückstell-Taste, drücken und sich im Verhältnis zur EU auf jene Elemente konzentrieren zu wollen, die unbestritten seien, **ist jetzt plötzlich der Schnellvorlauf angesagt.**

Die Schweiz und die EU seien sich einig, dass sie sich bis im Frühjahr einigen wollen über den «Freundschaftsvertrag», wie EU-

Marktzugang, den die Schweiz zur EU hat, einen Rechtsrahmen zu geben.» Es bringe gemeinsame Spielregeln, sodass die Schweiz nicht bei jeder Rechtsentwicklung nachverhandeln müsse.

Die Ankündigung des Vertragswerks auf Frühling 2018 erstaunt. **Denn die Streitpunkte sind die alten.** Und der Eiertanz an den roten Linien der beiden Verhandlungspartner geht unvermindert weiter. Auch wenn Leuthard sagte, dass nur in zwei, drei Bereichen überhaupt Differenzen bestünden.

Doch die sind gewichtig: Es geht um die Regelung staatlicher Subventionen sowie um die Frage, **wer entscheiden soll, wenn es bei der Auslegung eines Vertrags Streit zwischen Brüssel und Bern gibt.**

In Cassis' Partei, der FDP, ist man denn auch skeptisch: «Die Differenzen betreffen komplexe, zentrale Fragestellungen. Da darf man nichts überhasten, **sondern es braucht eine sorgfältige Auslegung**», sagt Parteichefin Petra Gössi (41). Gerade mit

Blick auf den Brexit, aus dem sich für die Schweiz neue Möglichkeiten ergeben könnten.



Leuthard (z.v.l.), flankiert von Cassis, am Verhandlungstisch mit der EU-Delegation um Juncker (3.v.r.).

Das meint **Blick**

Sermin Faki
Politik-Chefin
sermin.faki@bringier.ch

«Man sollte jetzt nichts überhasten.»
Petra Gössi

Harmonie herrscht nur ganz oben

Küssen hier, Lächeln da: Doris Leuthard und Jean-Claude Juncker demonstrierten gestern Harmonie. Die Beziehung sei gut, das Rahmenabkommen auf dem Weg und die 1,3 Milliarden Franken für die Unterstützung Osteuropas seien «nichts Neues».

Da schauen zwei durch die rosarote Brille. Denn in der Bevölkerung sieht es anders aus. Da werden die Kohäsionszahlungen als Tribut empfunden.

Viele Bürger sehen keinen Sinn darin, Osteuropa unter die Arme zu greifen. Und die Bereitschaft, Solidarität mit Ländern zu beweisen, die in der Flüchtlingsfrage wenig solidarisch mit dem Westen sind, ist klein.

Ähnlich beim Rahmenabkommen. Im März soll es unter-schriftsreif sein. Selbst wenn das klappt, ein Durchbruch ist das noch nicht, denn ein Referendum so gut wie sicher.

Der Bundesrat wird hart kämpfen müssen, um die Zustimmung von Parlament und Volk zu erhalten. Eine rosarote Brille hilft da nicht.



Der neue Aussenminister Ignazio Cassis ist von der politischen Entwicklung überholt worden.

Opposition gegen Ost-Milliarde

In den kommenden zehn Jahren will der Bundesrat **1,3 Milliarden Franken für den, wie es heisst, «Abbau der Ungleichheiten in der EU» zahlen.** So wie schon in den letzten zehn Jahren. Anders als damals soll diesmal aber nicht alles Geld in die jüngsten EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa fliessen. 200 Millionen stehen allen EU-Staaten offen, für Pro-

jekte im Bereich Migration. Im Gegenzug erhält die Schweiz ein Abkommen zum Handel mit CO2-Zertifikaten – und ein paar Versprechungen. Nicht eben viel, finden Bürgerliche. **Da ist zum einen die SVP. Die lehnt die Kohäsionsmilliarde grundsätzlich ab.** Bundespräsidentin Doris Leuthard (54) habe der EU ein frühes Weihnachtsgeschenk auf Kos-

ten. Und Gössi erinnert an weitere offene Fragen: «Was ist mit der Guillotine-Klausel, die bei Auflösung gewisser bilateraler Verträge alle anderen zu Fall kommen liesse?» **Vor seiner Wahl hatte Cassis gesagt, sein Ziel sei, diese wegzubekommen.**

All das zeigt: Ein Scheitern des Abkommens ist weiterhin möglich. Dazu sagte Juncker diplomatisch: «Das trüge den ausgezeichneten Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz in ungenügender Weise Rechnung.»

wissen, in welche Projekte die Ostmilliarde konkret geht», sagt er. «Drittens muss der Bundesrat eine langfristige Europa-Strategie vorlegen: zu Kohäsionsmilliarde, Rahmenabkommen und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs.»

Selbst aus Leuthards CVP kommen skeptische Töne. So macht Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (53, BL) die Unterstützung der Ostmilliarde vom Ausgang beim Rahmenabkommen abhängig.

Sermin Faki

Nach Jamaika Die SPD leidet, die CSU intrigiert



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) und SPD-Chef Martin Schulz gestern auf Schloss Bellevue.

Wahrscheinlich hatten sich diese beiden Sozialdemokraten das mal anders vorgestellt: Als Frank-Walter Steinmeier (61) im März sein Amt als Bundespräsident antrat, war **SPD-Chef Martin Schulz (61) noch Umfragen-Überflieger.** Dass Schulz als künftiger Kanzler an diesem Tisch sitzen würde, schien nicht völlig ausgeschlossen.

Es kam anders. Die **SPD hat die Wahl haushoch verloren – und soll nun doch regieren.** Jedenfalls lässt Präsident Steinmeier deutlich durchblicken,

dass das seine bevorzugte Lösung wäre, nachdem die **Verhandlungen zu einer Jamaika-Koalition zwischen CDU, Grünen und FDP geplatzt** sind.

Doch Schulz will nicht. Er hatte sich ja noch in der Wahl-nacht auf die Oppositionsrolle festgelegt. Dass Schwarz-Grün-Gelb sich nicht einig würden, war damals nicht vorgesehen.

Eine Stunde berieten Steinmeier und Schulz gestern Nacht-mittag in Berlin auf Schloss Bellevue hinter verschlossenen Türen. **Danach trennte man sich wieder, ohne öffentliches State-**

ment. Schulz begab sich zu seinen Genossen ins Willy-Brandt-Haus, wo bis in die Nacht weiter beraten wurde. «Ergebnis-offen», wie man sich vornahm.

Es ist kein Geheimnis, dass viele in der SPD-Leitung nicht einverstanden sind mit Schulz' Verweigerung einer Grossen Koalition. Die Tradition, **eben doch anzutreten, wenn die Pflicht ruft**, ist viel zu stark in der deutschen Sozialdemokratie. Die Frage ist nur, ob Schulz eine solche Wende glaubwürdig verkaufen könnte – **oder dann seinen Hut nehmen müsste.**

Er wäre womöglich nicht der Einzige nach dieser für die Grossparteien verpatzten Wahl. Auch bei der CSU in Bayern wollen immer mehr eine Wachab-lösung. **Während Ministerpräsident Horst Seehofer (68) in Berlin verhandelt hatte,** sagte sein Dauerrivale Markus Söder (50) in München so erfolgreich am Stuhl des Chefs, dass es gestern plötzlich hiess: Seehofer tritt zurück! Alles falsch, de-mentierte die Partei – aber Seehofer fügte hinzu: **Es werde bald eine «Zukunftslösung» geben.** Ohne ihn? Thomas Ley